



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

Medienmitteilung

Basel, 24. Mai 2019

Verpasste Chance

Die SP Basel-Stadt ist enttäuscht, dass der Kanton kein Kaufangebot für das Teilareal der Novartis abgegeben hat. Mit dem Kaufverzicht verpasst der Kanton die Chance, die Entwicklung des Areals selber in die Hand zu nehmen und den Willen der Basel Stimmbevölkerung umzusetzen.

Der Boden in Basel ist begrenzt. Seit Jahren verringert sich der bezahlbare Wohnraum in der Stadt. Schon mehrfach hat die Basler Stimmbevölkerung gezeigt, dass sie vom Kanton eine aktive Boden- und Wohnpolitik fordert. So nahm sie im Jahr 2016 die neue Bodeninitiative deutlich an und stimmte am 10. Juni 2018 den vier Wohninitiativen zu.

Parteipräsident Pascal Pfister: *«Wir können den Entscheid der Regierung nicht nachvollziehen, nun möchten wir Antworten weshalb.»* Der Kanton Basel-Stadt hat es mit dem Kaufverzicht die Chance verpasst, das KlybeckPlus-Areal selbständig zu entwickeln und damit eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Bevölkerung sicher zu stellen. SP-Grossrätin und Anwohnerin Sarah Wyss hat heute Morgen deshalb eine Interpellation eingereicht, in welcher Antworten von der Regierung gefordert werden, aber auch deren kommenden Absichten. *«Eine solche Chance dürfen wir nie wieder verpassen.»*, so die Interpellantin.

Unabhängig von den neuen Besitzverhältnissen, hält die SP Basel-Stadt an ihrer Forderung fest, dass auf dem KlybeckPlus-Areal mindestens 50 % gemeinnütziger Wohnraum entstehen soll. Zudem muss die Entwicklung des Areals zusammen mit der Bevölkerung geschehen. Sie werden die notwendigen Massnahmen ergreifen um dies zu erreichen.

Für weitere Fragen stehen Ihnen gerne zur Verfügung:

Pascal Pfister, Parteipräsident:

079 625 14 50

Sarah Wyss, Vize-Fraktionspräsidentin und Interpellantin:

079 811 24 87



Interpellation Sarah Wyss (66) betreffend Verkauf des Teils des Klybeckareals von Novartis an eine private Investorengruppe

Der Boden in Basel ist begrenzt. Seit Jahren verringert sich der bezahlbare Wohnraum in der Stadt. Schon mehrfach hat die Basler Stimmbevölkerung gezeigt, wie für sie eine Stadtplanung auszusehen hat: So nahm sie am 28. Februar 2016 die neue Bodeninitiative mit 67% sehr deutlich an und am 10. Juni 2018 stimmte sie den vier Wohn- und Mietschutzinitiativen zu. Seitdem besteht in Basel das Recht auf Wohnen.

Die Basler Stimmbevölkerung verlangt vom Kanton eine aktive Boden- und Wohnpolitik, denn nur so wird der Kanton es schaffen, Wohn- und Freiraum für seine Bevölkerung zu erhalten und zu schaffen. Ganz konträr zu dieser Grundstimmung verhält sich nun der Kanton Basel-Stadt, da er das Teilareal der Novartis auf dem alten Industrieareal «Klybeck» einer privaten Investorengruppe überlässt. Dies obschon bekannt ist, dass kommunales Landeigentum dem Kanton ermöglicht, das Beste für seine Bevölkerung herauszuholen. Zudem ist Landerwerb vor allem in einer so florierenden Stadt wie Basel, auch ein rentables Geschäft, wodurch die kantonalen Rücklagen noch stärker abgesichert werden.

Diese Investoren haben offensichtlich einen höheren dreistelligen Millionenbetrag für den Novartis Teil des Klybeckareals gekauft (damit auch die Filetstücke am Rhein). Die Planungsvereinbarung musste rechtlich übernommen werden und offenbar wurde auch die Altlastensanierung von der Käuferin übernommen (und vom Kaufpreis wirtschaftlich wohl abgezogen). Einige Arealteile muss nun der Kanton für die Erschliessung, für eigene Bedürfnisse (Schulen), aber auch interessierte gemeinnützige Wohnbauträger in der unmittelbaren Nachbarschaft in der Folge erwerben. Dies führt aufgrund des Kaskadenverkaufes dann zu einem wesentlich höheren Landpreis. Pikant ist zudem, dass benachbarte gemeinnützige Wohnbauträger nicht in den Verkaufsprozess einbezogen resp. gar abgelehnt wurden. Das alles kann nicht im Interesse des Kantons liegen,

In diesem Zusammenhang bitte ich die die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Aus welchen Gründen hat der Kanton Basel-Stadt kein Angebot gemacht?
2. Wie wird die Regierung dafür sorgen, dass auf diesem Arealentwicklungsgebiet dennoch genügend bezahlbarer Wohnraum entsteht.
3. Welche Massnahmen sind geplant, damit die Bebauung des Areals in sozial verträglich umgesetzt wird? Ist die Regierung bereit, einen Bebauungsplan in dieser Weise zu erarbeiten?
4. Wie sieht es mit dem Kauf des Teilareals von BASF des Industrieareals «Klybeck» aus? Wird sich die Regierung (immerhin) für einen Landkauf dieses Areals einsetzen?
5. Wie geht der Regierungsrat mit der Tatsache um, dass er sich mit dessen Planungshoheit aktiv an der Preisverhandlung zu Gunsten des Kantons beitragen kann?
6. Wie kann gesichert werden, dass zumindest benachbarte Träger des gemeinnützigen Wohnungsbaus eine Chance haben, zu fairen Bedingungen dort Wohnprojekte umzusetzen?